

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 3

Artikel: Sozialdemokratische Gemeindepolitik in Wien
Autor: Danneberg, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328157>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

15. Schriften über die Zustände in Sowjetrußland.

- Galin, Dr. L., Sowjetrußland in der Wirklichkeit. Verlag Dietz, Stuttgart. 72 Seiten.
- Ballod, Prof. Dr. Carl, Sowjet-Rußland. Verlag „Freiheit“, Berlin. 59 Seiten.
- *Solitscher, Artur, Drei Monate in Sowjetrußland. Verlag S. Fischer, Berlin. 255 Seiten.
- *Minsk, Friedrich, Räterußlands Not. Eindrücke von einem 8monatigen Rußlandaufenthalt in der Zeit vom September 1920 bis März 1921. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin. 82 Seiten.

16. Der Kampf um die neue Internationale.

- Crispien, Artur, Die Internationale. Vom Bund der Kommunisten (1847) bis zur Internationale der Weltrevolution. Verlag „Freiheit“, Berlin. 51 Seiten.
- *Martow, L., Das Problem der Internationale und die russische Revolution. Verlag „Freiheit“, Berlin. 16 Seiten.
- *Grimm, Robert, Parteieinheit oder Parteispaltung? Rede auf dem Berner Parteitag, Dezember 1920. Verlag Soziald. Partei der Schweiz. 30 Seiten.
- Jefimow, M., Die Soziologie des Bolschewismus mit Bezugnahme auf das Problem der Internationale. Verlag „Freiheit“, Berlin. 30 Seiten.
- Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22.—27. Februar 1920. Verlag Wiener Volksbuchhandlung.

Sozialdemokratische Gemeindepolitik in Wien.

Von Robert Danneberg, Wien.

Die Gemeinden im alten Oesterreich erfreuten sich im Gegensatz zum Beispiel zu den preussischen Kommunen verhältnismäßig großer Freiheit. Die Gemeindeverwaltung wurde in Dorf und Stadt von einem aus der Mitte der Gemeindevertretung gewählten Bürgermeister geführt. Aber die in der liberalen Aera der Sechzigerjahre geschaffene Gemeindeordnung brachte auch ein engherziges Privilegienwahlrecht, das die Arbeiter von der Ausübung politischer Rechte ausschloß. So wurden die Dörfer von den Großbauern, die Industrieorte von den großen und kleinen Unternehmern, die Städte von den Hausherren beherrscht. Das änderte sich bis zum Beginn des Weltkrieges nur wenig. Darum war die österreichische Gemeindepolitik unsozial und arbeiterfeindlich, vom Geiste moderner Kommunalverwaltung unberührt. Selbst die Millionenstadt Wien, vom christlichsozialen

Kleinbürgertum regiert, trug den Anforderungen der Zeit nur in kaum merkbarem Ausmaß Rechnung.

Der Zusammenbruch der Monarchie erzeugte auch auf diesem Gebiet einen gewaltigen Umsturz. Die R e p u b l i k öffnete auch die Gemeindestube der Gesamtbevölkerung. Das gleiche Wahlrecht brachte über Nacht in vielen Hunderten Gemeinden sozialdemokratische Mehrheiten, sozialdemokratische Bürgermeister. Unerprobte, in der Verwaltung unerfahrene Vertrauensmänner der Arbeiterschaft sahen sich plötzlich vor neue Aufgaben gestellt. Die Versäumnisse von Jahrzehnten sollten nun gutgemacht werden, die Schäden des Krieges, in den Gemeinden unmittelbar wirksam, sollten bekämpft werden, während die entthronten Gemeindegewaltigen von einst sich keineswegs in das Unvermeidliche fügten, sondern den n e u en Verwaltern Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten bereiteten und eine Finanznot ohnegleichen die Kräfte lähmte.

Unverdroffen ging man ans Werk. Jede Maßnahme im Interesse der Hilfebedürftigen, jede Beseitigung veralteter Vorrechte weckte neuen Haß, mehrte die Widerstände. Die Industriegemeinden Niederösterreichs beschloßen darum nach kaum zweijähriger Tätigkeit freiwillig die Durchführung von Neuwahlen, um den Volksentscheid anzurufen. Wir haben kaum eine Gemeinde verloren, dagegen eine ganze Anzahl neuer gewonnen, so manche einfache Mehrheit auf eine Zweidrittelmehrheit verstärkt. Bekräftigt stehen nun die sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen da. Ist erst die Finanznot halbwegs überwunden, werden sie ihre Leistungsfähigkeit erst recht zu zeigen vermögen.

Was bisher zuwege gebracht wurde, mag hinter dem, was alterprobte Kommunalpolitiker unter günstigeren Verhältnissen in anderen Ländern erreicht haben, zurückstehen. Immerhin ist es vielleicht nicht ohne Interesse, einiges von dem mitzuteilen, was in Wien in kaum drei Jahren zustande gekommen ist.

Um die sozialdemokratische Herrschaft in der Gemeinde wirklich zur Geltung zu bringen, mußte zunächst die G e m e i n d e v e r f a s s u n g reformiert werden. Früher war der Wiener Gemeinderat nur eine beschließende Körperschaft, die nicht den geringsten Einfluß auf die eigentliche Verwaltung hatte, eine Abstimmungsmaschine, nichts weiter. Er wählte einen Stadtrat, der alles für den Gemeinderat vorzubereiten, vieles selbständig zu erledigen hatte. Dort lasen die Berichterstatter einfach die Anträge vor, welche die Beamten ausgearbeitet hatten, meist ohne den Akt überhaupt zu kennen. Der Bürgermeister war allgewaltig, der einzige gewählte Mann, der auf die Verwaltung Einfluß hatte. Gemeinderatsausschüsse, in denen den gewählten Vertretern mehr Spielraum geschaffen werden konnte, gab es nicht.

Nun wurde der große Verwaltungsapparat der Gemeinde — Wien beschäftigt 54,000 Angestellte und Arbeiter — neu organisiert. Acht Gruppen wurden gebildet. Die erste behandelt alle Personalangelegenheiten, die zweite die Finanzen, die dritte die Jugendfürsorge und das Gesundheitswesen, die vierte Sozialpolitik und Wohnungswesen, die fünfte alle technischen Angelegenheiten, die sechste alle Ernährungs- und Wirtschaftsfragen, die achte leitet die städtischen Unternehmungen, die siebente, was nicht zu den anderen Gruppen ressortiert. Für die Schulverwaltung besteht nach den österreichischen Gesetzen eine eigene Körperschaft, der Stadtschulrat, in welchen der Gemeinderat nur Vertreter entsendet. Die Polizei ist staatlich, also nicht der Gemeinde unterstellt. Jeder dieser acht Gruppen der Verwaltung entspricht ein vom Gemeinderat gewählter Ausschuss, der die Angelegenheiten dieser Gruppe teils endgültig zu entscheiden, teils für den Gemeinderat vorzubereiten hat. Der ständige Referent des Gruppenausschusses ist zugleich der Leiter der Verwaltungsgruppe. Er wird als amtsführender Stadtrat vom Gemeinderat gewählt. Die amtsführenden Stadträte mit dem Bürgermeister, der selbst keine Gruppe leitet, an der Spitze, bilden den Stadtsenat, in dem auch noch vier vom Gemeinderat gewählte Stadträte sitzen, die kein Amt bekleiden. Alle Stellen der amtsführenden Stadträte nehmen die Sozialdemokraten für sich in Anspruch. Hatten sie die Mehrheit im Gemeinderat und mußten sie die Verantwortung tragen, so wollten sie auch allein die Verwaltung führen. Die christlichsoziale Opposition ist durch vier nicht amtsführende Stadträte im Stadtsenat vertreten, den alle Vorlagen zu passieren haben, die aus den Ausschüssen in den Gemeinderat kommen sollen.

Nun konnte die Verwaltung auch im einzelnen umgestaltet werden. Ueberflüssige Ämter wurden aufgelassen, andere, die notwendig waren, wurden vergrößert oder neu geschaffen, wie das städtische Wohnungsamt, Siedlungsamt, eine Kleingartenstelle, ein Jugendamt. Manche Verwaltungsabteilungen, die zweckmäßiger kaufmännisch und nicht bureaukratisch zu führen waren, wie zum Beispiel der Fuhrwerksbetrieb, wurden als **B e t r i e b** neu organisiert. Unabhängig von der Verwaltung wurde ein **K o n t r o l l a m t** geschaffen, das das Recht unmittelbarer Berichterstattung an den Gemeinderat hat.

Die sozialdemokratische Verwaltung versuchte immer wieder, die Bezüge der städtischen **A n g e s t e l l t e n** der in Oesterreich stets sinkenden Kaufkraft des Geldes anzupassen. Sie hat nunmehr auch den Pensionisten zugesichert, daß ihre Bezüge jeweils so festgesetzt werden, als ob sie mit den für ihre Gruppe gegenwärtig geltenden Bezügen pensioniert worden wären. Die Lasten

waren nur erträglich, wenn jeder städtische Angestellter sein Bestes für die Gemeinde leistete. Darum wurden Maßnahmen zur intensiveren Ausnützung der Arbeitszeit getroffen. Die Gemeinde konnte die Fülle neuer Aufgaben bewältigen, ohne neues Personal einzustellen.

Als besondere Einrichtung darf hervorgehoben werden, daß den städtischen Angestellten das Recht zusteht, in den einzelnen Ämtern *Personalvertretungen* zu wählen, welche unter anderem *Ternavorschläge* für durch Ernennung zu besetzende Stellen und Leiterstellen zu erstatten und auch sonst in allen Personalangelegenheiten mitzuwirken haben. Die Spitze bildet eine *Personalkommission*, in welcher neben elf gewählten Gemeindevertretern zehn Vertreter des Personals sitzen. In den *Disziplinarsenaten* sitzen neben dem vom Bürgermeister bestimmten Vorsitzenden vier Vertreter der Angestellten. Die Dienstordnung, welche die Rechte des Personals regelt, darf nur mit Zustimmung des Personals geändert werden. Die Gemeinde hat also darauf verzichtet, das Angestelltenrecht selbständig zu gestalten.

Etwa die Hälfte der Gemeindeangestellten untersteht nicht der Dienstordnung, sondern hat ein durch *Tarifverträge* geregeltes Arbeitsverhältnis. Der Gemeinderat hat für diese Verträge *Leitsätze* beschlossen, deren wesentliche Bestimmungen sind:

Ein Arbeitsvertrag darf nur mit der gewerkschaftlichen Organisation geschlossen werden, welche von der Mehrheit der Arbeitnehmer des betreffenden Gemeindebetriebes bezeichnet wird. Ob die Gewerkschaftsorganisation der Minderheit den Verhandlungen beizuziehen ist, entscheiden die Arbeiter selbst. Die Grundlage für die Lohnregelungen bilden die Verträge, die in den betreffenden Berufen jeweils bestehen. So gilt für die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke der Metallarbeitervertrag, für die Arbeiter der städtischen Gaswerke der Vertrag der Arbeiter der chemischen Industrie usw. Die Arbeiter werden in nichtständige, ständige und definitive eingeteilt. Als ständige Arbeiter gelten solche, die bei ihrer Aufnahme als ständig in Aussicht genommen wurden und mindestens ein Jahr ununterbrochen im Gemeindedienst stehen. Darüber erhält der Arbeiter eine schriftliche Mitteilung. Nach fünfjähriger ununterbrochener Verwendung wird der ständige Arbeiter definitiv, wobei jedoch die vor Vollendung des achtzehnten Lebensjahres vollstreckte Dienstzeit außer Betracht bleibt. Die Entlassung definitiver Arbeiter darf nur auf Grund eines Disziplinarerkenntnisses erfolgen, ferner, wenn der Arbeiter wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt worden ist oder ohne stichhaltigen Grund länger

als 72 Stunden vom Dienste fernbleibt, wobei als stichhaltiger Grund der Streikbeschluß der zuständigen Gewerkschaft ausdrücklich bezeichnet ist; ferner, wenn der Arbeiter über ein Jahr krank ist, in welchem Falle aber eine Reaktivierung mit Anrechnung der früheren Dienstzeit möglich ist; bei Auflösung des Betriebes, sofern der Arbeiter einen angemessenen anderen Dienst, der ihm angeboten wird, nicht annimmt; bei nachweisbarem Mangel an Verlässlichkeit. Die Arbeiter haben nach zehnjähriger Dienstzeit Anspruch auf Ruhegenuß, beziehungsweise Versorgungsgenüsse für die Hinterbliebenen. Die Witwenrente beträgt die Hälfte der Pension. Die unversorgten Kinder, eheliche und uneheliche, erhalten bis zum zwanzigsten Lebensjahr einen Erziehungsbeitrag. Ueber die Durchführung der Pensionsbestimmungen wird derzeit verhandelt. Die Arbeiter der Gemeinde sind nicht gegen Krankheit versichert, erhalten jedoch während der ersten sechs Monate der Krankheit den vollen Lohn, während weiterer sechs Monate den halben Lohn, also weit mehr, als die Krankenversicherung bietet. Die an den Angestellten der Gemeinde von der früheren christlichsozialen Verwaltung verübten Brutalitäten wurden gutgemacht und die wegen ihrer Gesinnung vor Jahren entlassenen Arbeiter wieder in den Gemeindedienst aufgenommen.

Nach dem Zusammenbruch des alten Oesterreich schien die Zukunft Wiens außerordentlich gefährdet. Wird die Stadt sich als Handelszentrum behaupten können, obwohl der Binnenhandel durch den Zerfall der Monarchie im Wesen ein Außenhandel geworden ist? Wird die große Industrie Wiens bestehen können, wenn ihr die Kraftquellen fehlen? Die deutschösterreichische Republik hat nur unbedeutende Kohlengruben, nur etwa den hundertsten Teil des Kohlenreichtums des alten Oesterreich. Das Wiener Gaswerk ist ausschließlich auf Ostrauer, also tschechische Kohle, angewiesen. Die Wasserkräfte wurden im alten Oesterreich nicht ausgenützt. Darum hatte Wien zunächst mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Starke Drosselungen, welche zeitweise zu wesentlicher Einschränkung der Betriebe führten, waren nicht zu vermeiden, zähe Arbeit brachte Besserung. Das städtische Elektrizitätswerk wurde zum Teil für Kohölfeuerung umgestaltet. Das Braunkohlenbergwerk an der niederösterreichisch-burgenländischen Grenze, das eine Ueberlandzentrale der Stadt Wien speist, wurde fortgesetzt erweitert. Die Gemeinde beteiligte sich an verschiedenen Versuchen, Kohle zu beschaffen. Vor allem aber hat sie den Ausbau der Wasserkräfte in Angriff genommen. Der Bau des niederösterreichischen Ybbswerkes, dessen Durchführung 34 Millionen Goldtrone erfordert, wurde kürzlich begonnen. In vier Jahren wird

der erste Teil vollendet sein und 16,000 Waggons Kohle werden jährlich erspart werden. Bankkapital ist beteiligt, die Tarifshöhe bleibt aber der Gemeinde allein gewahrt. Ein noch größeres Wasserwerk wird vorbereitet. Wie notwendig der Ausbau des Elektrizitätswerkes ist, erhellt daraus, daß — von den Bedürfnissen der Industrie ganz abgesehen — noch mehr als 400,000 Wiener Wohnungen elektrische Beleuchtung entbehren müssen. Immerhin konnte die Zahl der Konsumenten des Elektrizitätswerkes von 92,500 im Januar 1914 auf 220,000 im Oktober 1921 gesteigert werden.

Die furchtbaren Folgen des Krieges, der außerordentlichen Anstrengungen und Entbehrungen der Leidensjahre, kamen als übergroße Sterblichkeit und starker Geburtenrückgang zum Ausdruck. Die Bevölkerungszahl Wiens nahm ab. Die Stadt hat, zum Teil auch durch Abwanderung, eine Viertelmillion Menschen verloren. Die Fürsorgeeinrichtungen Wiens waren den Anforderungen der Zeit nicht mehr gewachsen. Eine völlige Neuorganisation ist im Zuge. Die Größe der Aufgabe erkennt man daran, daß in den Versorgungshäusern der Gemeinde gegenüber 6000 Menschen im Jahre 1913 nun 12,000 Insassen verpflegt werden müssen; daß die städtischen Waisenhäuser 1000 Kinder und zwei Durchzugsheime 700 Kinder beherbergen. Die anderen Humanitätsanstalten, wie das städtische Krankenhaus, die Irrenhäuser usw. eingeschlossen, beherbergen 40,000 Menschen, die von der Gemeinde erhalten werden müssen. Außerdem bekommen 37,000 alte Männer und Frauen „Pfründen“, regelmäßige monatliche Unterstützungen in Geld und Naturalien. Den Unterschied zwischen den bevorrechteten Bürgern und den anderen Gemeindebewohnern bei der Bemessung dieser Unterstützungen hat die sozialdemokratische Verwaltung beseitigt.

Die Tuberkulose galt immer als die Wiener Krankheit. Aber erst die sozialdemokratische Verwaltung hat den Kampf gegen sie aufgenommen. Unter anderem wurde eine Lungenheilstätte errichtet. Für die städtischen Bäder erhält der siebente Teil der Besucher Freikarten.

Besondere Fürsorgemaßnahmen gelten den Kindern. Die ausländischen Hilfsaktionen wurden von der Gemeinde nach Kräften gefördert, die Ausspeisungen der Schulkinder von der Gemeinde wesentlich unterstützt. 161 Schulärzte sind tätig, Schulzahnkliniken wurden eingerichtet. Ein Berufsberatungsamt wurde geschaffen, das insbesondere Kindern beim Schulaustritt hilfreich zur Seite steht. Ein großes städtisches Jugendamt leitet all diese Aktionen. In jedem der 21 Stadtbezirke wird ein Wohlfahrtsamt organisiert, das alle Fürsorgeeinrichtungen einheitlich zu gestalten hat. Die Folgen dieser

anstrengenden Tätigkeit zeigen sich bereits. Die Kindersterblichkeit hat erheblich abgenommen, die Gesundheitsverhältnisse werden wieder besser.

Mit außerordentlichen Schwierigkeiten hat die Gemeinde auf dem Gebiet des **W o h n u n g s w e s e n s** zu kämpfen. Eine während des Krieges erzwungene Mieterschutzverordnung hat die Mieter vor willkürlicher Kündigung und Mietzinssteigerung geschützt. Diese Verordnung, als Notstandsmaßnahme in erster Linie für Kriegerfrauen gedacht, besteht noch weiter, obwohl die Hausherren dagegen Sturm laufen. Denn infolge dieser Verordnung, welche Zinssteigerungen nur im Verhältnis zu den Mehrausgaben des Hausbesitzers zuläßt, worüber eigene Mietsenate zu entscheiden haben, durften die Mietzinse bisher im Durchschnitt kaum verdoppelt werden, während die Preise der anderen Bedarfsgegenstände um das Hundertfache bis Fünfhundertfache gestiegen sind. Die Hausherren sind also wie die Rentner durch die Geldentwertung schwer getroffen. Die Gemeinde hatte sich vor dem Kriege unter dem Einfluß der Hausherren um die Wohnungsfrage überhaupt nicht gekümmert. In keiner Großstadt Europas wohnen die Massen so schlecht wie in Wien, war der Hausbesitzerübermut größer als hier. Als Mindestmaß der notwendigen Wohnungsreserve gelten drei Prozent Leerstellungen. Da in Wien kaum ein Prozent der Wohnungen leer war, stand Angebot und Nachfrage in einem argen Mißverhältnis. Es ist begreiflich, daß angesichts solcher Vorkriegsverhältnisse und des vollkommenen Aufhörens der Bautätigkeit während des Krieges die Wohnungsnot außerordentlich groß geworden ist. Da zunächst an Neubauten nicht zu denken war, weil die neuen Wohnungen nur zu unerschwinglichen Mietzinsen hätten abgegeben werden können, mußte die Gemeinde den entscheidenden Einfluß auf dem Wohnungsmarkt zu erlangen versuchen, um eine möglichst gerechte Verteilung der Wohnräume zu erreichen. Eine Verordnung über die **W o h n u n g s a n f o r d e r u n g e n**, die im heurigen Frühjahr verschärft wurde, entzog den Hausbesitzern das Verfügungsrecht über ihr Eigentum fast vollständig. Jede Wiener Wohnung, die frei wird, gilt als angefordert und darf nur von der Gemeinde vergeben werden. Jeder Wohnungstausch ist an die Zustimmung der Gemeinde gebunden. Keine Familie darf mehr Wohnräume haben, als der Kopfszahl plus eins entspricht. Ueberzählige Wohnräume können angefordert werden. Verzichtet die Gemeinde auf die Anforderung, weil die Räume zu eigenen Wohnungen nicht geeignet sind, so kann sie von dem Wohnungsmieter eine entsprechende Ablösungssumme verlangen, mit der die gleiche Zahl von Wohnräumen neu gebaut werden kann. Die Wohnung-

suchenden werden von eigenen Kommissionen qualifiziert. Kommissionen weisen auch die freien Wohnungen zu. Ein wie großer Apparat von der Gemeinde aufgeboten werden muß, beweist die Tatsache, daß das städtische Wohnungsamt derzeit fast 200 Beamte beschäftigt, neben denen eine große Zahl gewählter Gemeindefunktionäre tätig ist. Im Laufe des heurigen Jahres konnten rund 5000 Wohnungen wirklich zugewiesen werden. Das bedeutet freilich nicht viel, da nicht weniger als 25,000 Wohnungswerber als bevorzugt qualifiziert sind. Durchstechereien aller Art lassen sich nicht vollständig ausrotten, da die Gemeinde bei der Durchführung der Verordnung nur auf geringe Mithilfe der Bevölkerung rechnen kann und ein Heer von Beamten aufgeboten werden müßte, um allen Ansprüchen gerecht zu werden.

Die Gemeinde hat darum auch Erleichterungen für *Neubauten* zu schaffen versucht. Eine neue Bauordnung gestattet Materialersparungen und erlaubt wieder Dachwohnungen; Neubauten erhalten Steuerfreiheit zugesichert. Bei Kriegsbeginn steckengebliebene Bauten hat die Gemeinde Wien auf eigene Kosten fertiggestellt. An Baubewerber für Kleinwohnungen wurden auf 70 Jahre städtische Gründe verliehen, mit der Bestimmung, daß das Grundstück nach 70 Jahren der Gemeinde zufällt, die den Bau abzulösen hat. Auf dem früheren Truppenübungsplatz wurde eine Gartensiedlung angelegt, die bisher 311 Wohnungen zählt. Die Siedlergenossenschaften werden gefördert, wofür die Gemeinde einen eigenen Wohnungs- und Siedlungsfonds geschaffen hat. Daneben werden die Schrebergärtner unterstützt, deren Zahl bei Kriegsende 18,500 betragen hat und gegenwärtig auf 75,000 gestiegen ist. Eine Baustoffanstalt mit Beteiligung der Gemeinde wurde gegründet, um den Siedlern ihre Arbeit zu erleichtern. Aber eine wirkliche Lösung der Wohnungsfrage wird erst möglich sein, wenn Neubauten in großem Umfang in Angriff genommen werden können.

Außerordentlich viel wurde auf dem Gebiete des *Schulwesens* geleistet. Infolge der Abnahme der Geburten sank die Zahl der Schulkinder derart, daß gegenwärtig im Durchschnitt auf 25 Kinder ein Lehrer entfällt. Das hat die Durchführung der Schulreform erleichtert. Es gelang, den neuen Lehrplan restlos in die Wirklichkeit umzusetzen, der aufgebaut ist auf dem Grundsatz des Arbeitsunterrichtes und der Konzentration des Unterrichtes. Um den Lehrausgang gruppieren sich alle Gegenstände. Der starre Stundenplan von einst ist verschwunden. Die Seelenforschung des Kindes ist in den Mittelpunkt der Erziehung gestellt. Neue Schulbücher wurden den Kindern in die Hand gegeben, die Klassenlektüre wurde eingeführt. Die Gemeinde Wien gibt allen Kindern alle Lehrbehelfe kostenlos.

Sie erleichterte die Schulausflüge und die Wanderungen durch die Gewährung unentgeltlicher Fahrten auf den Straßenbahnen, den Besuch von Theater Vorstellungen durch Subventionen von Schülervorstellungen. Natürlich waren so grundstürzende Reformen nur möglich, weil die Lehrer selbst dafür gewonnen wurden. Die Lehrerfortbildung wurde in vorbildlicher Weise organisiert. Es wurden Arbeitsgemeinschaften der Lehrer gebildet, die im Schuljahr 1920/21 nicht weniger als 1600 Tagungen abhielten. Auch die Eltern mußten mit dem Schulbetrieb vertraut gemacht werden. Die Verbindung von Elternhaus und Schule wurde hergestellt. Jede Schule besitzt eine Elternvereinigung, für jede Schule gibt es Elternräte. Die Elternvereinigungen leisteten Außerordentliches für die Schulreform. Sie beschafften Mittel für Wanderungen, für Büchereien und Materialien für den Arbeitsunterricht.

Die Sorge der Gemeinde gilt aber nicht nur den normal begabten Kindern. Zu den Schulklassen für taubstumme und blinde Kinder, die schon früher bestanden haben, kamen neue Klassen für schwerhörige und stark kurzsichtige Kinder dazu. Klassen für schwach sinnige Kinder wurden neu eingerichtet, ebenso auch Hilfskurse für normal begabte Kinder, die wegen Krankheit zurückgeblieben sind. Daneben gibt es Sonderkurse für besonders begabte Kinder, in denen die Lehrer unentgeltlich an den schulfreien Nachmittagen unterrichten. Außerdem wurden eigene Kurse für Musik, für Sprachen, für Chemie, für Physik, für Zeichnen und Handfertigkeitsunterricht geschaffen. Tausend Kräfte regen sich, ein neues Geschlecht zu erziehen.

Die Sozialdemokraten haben die Verwaltung einer verelendeten Stadt aus den Händen verbissener Arbeiterfeinde unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen übernommen. Aber ihre Entschlossenheit und ihre Tatkraft haben alle Widerstände gebrochen. Die Sünden von Jahrzehnten konnten nicht in zwei Jahren wieder gutgemacht werden, aber viel ist schon geleistet worden, was Beachtung verdient. Das sozialdemokratische Wien wird gedeihen und hofft noch manches zu vollbringen, was als Vorbild dienen kann.

Der russische Bauer als Revolutionär.

Von Dr. S. Brin.

Der russische Bauer, der Muschik, erschien bis zur Revolution als das Symbol der Unkultur. Die Märzrevolution von 1917 zeigte ihn uns offenkundig als Träger und Vollstrecker revolutionärer Ideen. Die bolschewistische Revolution und die von